

Haushaltssatzung der Stadt Heidenau für das Haushaltsjahr 2017

Aufgrund von § 74 Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) in der jeweils geltenden Fassung hat der Stadtrat in der Sitzung am 24.11.2016 folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2017, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Stadt voraussichtlich anfallenden Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen enthält, wird:

im Ergebnishaushalt mit dem

– Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge auf	31.850.520 EUR
– Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen auf	32.300.410 EUR
– Saldo aus den ordentlichen Erträgen und Aufwendungen (ordentliches Ergebnis) auf	-449.890 EUR
– Betrag der veranschlagten Abdeckung v. Fehlbeträgen d. ordentlichen Ergebnisses aus Vorjahren	0 EUR
– Saldo aus d. ordentlichen Erträgen und Aufwendungen einschl. der Abdeckung von Fehlbeträgen des ordentlichen Ergebnisses aus Vorjahren (veranschlagtes ordentliches Ergebnis) auf	-449.890 EUR
– Gesamtbetrag der außerordentlichen Erträge auf	1.052.830 EUR
– Gesamtbetrag der außerordentlichen Aufwendungen auf	635.660 EUR
– Saldo aus den außerordentlichen Erträgen und Aufwendungen (Sonderergebnis) auf	417.170 EUR
– Betrag der veranschlagten Abdeckung von Fehlbeträgen des Sonderergebnisses aus Vorjahren auf	0 EUR
– Saldo aus den außerordentlichen Erträgen und Aufwendungen einschließlich der Abdeckung von Fehlbeträgen des Sonderergebnisses aus Vorjahren (veranschlagtes Sonderergebnis) auf	417.170 EUR
– Gesamtbetrag des veranschlagten ordentlichen Ergebnisses auf	-449.890 EUR
– Gesamtbetrag des veranschlagten Sonderergebnisses auf	417.170 EUR
– Gesamtergebnis auf	-32.720 EUR

im Finanzhaushalt mit dem

– Gesamtbetrag der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit auf	29.115.660 EUR
– Gesamtbetrag der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit auf	28.698.110 EUR
– Zahlungsmittelüberschuss aus lfd. Verwaltungstätigkeit als Saldo der Gesamtbeträge d. Einzahlungen u. Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	417.550 EUR
– Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf	7.023.180 EUR
– Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	4.199.650 EUR
– Saldo d. Einzahlungen u. Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	2.823.530 EUR
– Finanzierungsmittelüberschuss als Saldo aus Zahlungsmittelüberschuss aus lfd. Verwaltungstätigkeit und dem Saldo der Gesamtbeträge der Einzahlungen und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	3.241.080 EUR

– Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	0 EUR
– Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	451.400 EUR
– Saldo d. Einzahlungen u. Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	-451.400 EUR
– Saldo aus Finanzierungsmittelüberschuss und Saldo der Einzahlungen und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit als Änderung des Finanzierungsmittelbestands auf	2.789.680 EUR

festgesetzt.

§ 2

Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen werden nicht veranschlagt.

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen zur Leistung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen, der in künftigen Jahren erforderlich ist, wird auf festgesetzt.	1.930.300 EUR
---	---------------

§ 4

Der Höchstbetrag der Kassenkredite, der zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden darf, wird auf festgesetzt.	2.400.000 EUR
---	---------------

§ 5

Die Hebesätze werden wie folgt festgesetzt:	
für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf	295 v. H.
für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf	430 v. H.
Gewerbsteuer auf	425 v. H.

§ 6

Der dem Haushaltsplan 2017 beigefügte Stellenplan ist Bestandteil der Haushaltssatzung.

§ 7

Die im Haushaltsplan 2017 vorgenommenen Haushaltssperren können bei Sicherstellung der Finanzierung der jeweiligen Maßnahmen / Aufgaben durch den Bürgermeister aufgehoben werden, ohne dass es einer Genehmigung durch den Stadtrat bedarf.

§ 8

Diese Haushaltssatzung tritt mit Wirkung vom 01.01.2017 in Kraft.

Heidenau, 05.01.2017

gez. J. Opitz
Bürgermeister

Hinweise nach § 4 Abs. 4 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO)

Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften zustande gekommen sind, gelten ein Jahr nach ihrer Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen.

Das gilt nicht, wenn

1. die Ausfertigung der Satzung nicht oder fehlerhaft erfolgt ist,
2. Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzungen, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,
3. der Bürgermeister dem Beschluss nach § 52 Abs. 2 SächsGemO wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat,
4. vor Ablauf der in Satz 1 genannten Frist
 - a) die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder
 - b) die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschriften gegenüber der Gemeinde unter Bezeichnung des Sachverhaltes, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Ist eine Verletzung nach Satz 2 Nr. 3 oder 4 geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf der in Satz 1 genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen.

Heidenau, 05.01.2017

gez. J. Opitz
Bürgermeister